



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

M 414 Motion Meier Thomas und Mit. über die Förderung der E-Mobilität durch die Anpassung des Planungs- und Baugesetzes betreffend die Vorinstallation von E-Tankstellen bei Mehrfamilienhäusern im Stockwerkeigentum oder im Mietverhältnis / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.
Pius Müller beantragt Ablehnung.
Thomas Meier hält an seiner Motion fest.

Thomas Meier: Das Problem bei E-Autos ist, dass viele keine Möglichkeit haben, das Auto bei sich zu Hause oder bei ihrem Arbeitgeber zu laden, wo die längsten Standzeiten des Autos sind. So wird man sich bei einer Neuanschaffung wieder ein Auto mit Verbrennungsmotor kaufen und damit im Durchschnitt acht Jahre herumfahren. Man ist auf den Goodwill des Vermieters, des Miteigentümers oder des Arbeitgebers angewiesen. Dabei ist es so wichtig, dass wir die Umstellung bei der Mobilität auf E-Mobilität möglichst schnell hinbekommen, ist doch unser Strommix mit Wasserkraft und Kernkraft zu über 96 Prozent CO₂-frei. Auch die Autoindustrie macht es uns vor, viele Hersteller haben den Ausstieg aus den Verbrennungsmotoren bereits bekannt gegeben und setzen künftig alle auf E-Mobilität. Die EU strebt per 2035 bei den Neuwagen null CO₂ an, was faktisch einem Verbot von Verbrennungsmotoren gleichkommt. Man kann sagen, die Automobilbranche hat ihre Aufgabe gemacht. Helfen wir den Mietern und Stockwerkeigentümern, klare Verhältnisse zu schaffen. Die Kosten sind vertretbar mit einigen hundert Franken pro Parkplatz für die Starkstromzuleitung und das Lastenmanagement. Die Wallbox muss erst später installiert werden, wenn der Mieter oder Stockwerkeigentümer wirklich ein E-Fahrzeug anschafft. Die Finanzierung der Wallbox kann durch den Immobilienbesitzer oder den Mieter erfolgen, wobei der Mieter bei einem Auszug aus der Wohnung auch die Wallbox mitnehmen kann. Bei einer grösseren Anzahl von Parkplätzen muss man sich mit dem Energieversorger absprechen, um die Zuleitung zum Wohngebäude zu gewährleisten. Damit ist auch der Stromversorger daran interessiert, seinen Strom zu liefern. Die Motion wurde von allen Parteien unterzeichnet. Ich danke der Regierung für die Beantragung der Erheblicherklärung und Ihnen allen für die überwältigende Unterstützung dieser Motion, für die Ihnen viele Stockwerkeigentümer und Mieter dankbar sein werden.

Pius Müller: Die SVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Der Vorstösser fordert eine Anpassung im Planungs- und Baugesetz, dass bei Immobilien im Stockwerkeigentum oder im Mietverhältnis alle Neu- und Umbauten bei Mehrfamilienhäusern eine Vorinstallation von E-Tankstellen obligatorisch wird. Sämtliche Garagenplätze mit der Grundinfrastruktur für eine E-Ladestation auszustatten, ist ein klarer Eingriff in die Eigentums-, Markt- und Wahlfreiheit. Nach dem Erfolg der SVP zusammen mit der Landschaft und Verbänden bei der

CO₂-Abstimmung ist es klar, dass die Bevölkerung auf freiwillige Massnahmen und Entscheidungskompetenzen setzt und weniger auf Vorschriften und Verbote. Dies ist nicht nur im Gebäudebereich der Fall, sondern auch bei der Mobilität. Als hätte Bundesrätin Simonetta Sommaruga es gespürt, dass das CO₂-Gesetz überladen ist, hat sie im März 2021 vor der Volksabstimmung alle grossen Verbände und Player zu einem Elektromobilitäts-Spitzenreffen eingeladen. Thema war eine gemeinsame Roadmap Elektromobilität 2022. Das Bundesamt für Energie und die eingeladenen Verbände sind nun angehalten, Massnahmen zur Erreichung verschiedener Ziele vorzuschlagen und in die Roadmap aufzunehmen. Das ist ein Weg, den auch die SVP unterstützt. Freiwillige Massnahmen, unterstützende Programme und beratende Angebote schaffen Akzeptanz und lösen letztlich mehr Innovationen aus als starre Vorgaben. Die Kosten der E-Vorinstallationen bei Umbauten von Mehrfamilienhäusern werden ausser Acht gelassen. Wieder einmal mehr soll der Kanton Luzern mit der Erheblicherklärung der Motion einen Sonderzug fahren. Damit ist das geforderte Recht auf eine Ladestation nicht mehr weit. Was passiert in zehn Jahren, wenn die E-Mobilität überrollt wird und andere Technologien aufkommen, die keine Ladestationen brauchen? Die Vorinstallationen wären bei einem Obligatorium im Gesetz verankert. So müssten die E-Tankstellen weiterhin bei Neu- und Umbauten installiert werden. Warten wir ab, bis das Bundesamt für Energie und die geladenen Verbände einen gangbaren Weg für die gesamte Schweiz vorschlagen.

Angelina Spörri: Um Treibhausgasemissionen zu reduzieren, braucht es eine schnelle Decarbonisierung des Verkehrs. Dazu werden verschiedene Technologien nötig sein. Der batterieelektrische Antrieb steht jetzt schon ausgereift zur Verfügung und soll der breiten Bevölkerung schnell und leicht zugänglich gemacht werden. Das letzte Jahr hat gezeigt, dass sich viele beim Neukauf für ein Elektrofahrzeug entscheiden. Für einen Hauseigentümer ist es einfach, eine Ladestation zu installieren, Stockwerkeigentümer und Mieter haben einen viel aufwendigeren Weg, bei dem sie häufig auf den Goodwill der Parkhausnachbarn und Vermieter angewiesen sind. Häufig heisst es dann «De Schneller isch de Gschwinder», und für Nachzügler fehlt das Budget oder die elektrische Kapazität. Das soll sich mit der Überweisung dieser Motion in Zukunft wenigstens bei Neubauten und nach grösseren Renovationen ändern. Die nötigen Anschlüsse und Zugänge sollen von Anfang an eingebaut werden, damit einer späteren Installation von Ladestationen nichts mehr im Weg steht. Was kann man hier dagegen haben? Aus Sicht der GLP ist das eine gute Sache und absolut unterstützenswert. Noch eine Anmerkung: Es ist uns wichtig zu erwähnen, dass ein Auto zwar am längsten am Wohnort steht, aber natürlich auch am Arbeitsort. Es macht als moderner und attraktiver Arbeitgeber also Sinn, Ladestationen für Angestellte anzubieten, was natürlich nicht kostenlos sein muss. Viele tun dies schon sehr vorbildlich, anderen fehlt der elektrische Geistesblitz noch ein wenig. Die GLP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung der Motion.

Korintha Bärtsch: Ich bin schon ein wenig überrascht, dass man diese Motion ablehnen kann. Insbesondere bin ich überrascht, dass Pius Müller, der gestern ein grosses Plädoyer gehalten hat für die Unabhängigkeit der schweizerischen Stromversorgung als Treibstoff bei Autos weiterhin auf Benzin und Gas setzen will. Ich weiss nicht, ob die SVP immer noch das Gefühl hat, dass Öl in Finsterwald gewonnen wird und nicht in den Arabischen Emiraten oder mit einer Gaspipeline aus Russland kommt. Ich glaube, es wäre gut, wenn sich auch die SVP für Unabhängigkeit bei den Treibstoffen interessieren würde. Elektrotankstellen gehören in wenigen Jahren zu den Grundinstallationen eines Gebäudes, so wie es heute Pflicht ist, einen Parkplatz zu erstellen oder einen Veloabstellplatz realisieren zu müssen. Diese Möglichkeit mit einer Vorinstallation ist sicher nicht zu viel verlangt, wenn man davon ausgeht, dass in den nächsten Jahren der Kauf der Elektroautos extrem ansteigen wird. Ich glaube auch, dass es ein grösserer Eingriff in die Eigentumsfreiheit ist, wenn das eigene Grundstück eher in der zweigeschossigen Wohnzone landet als in der viergeschossigen. Wenn wir es jetzt nicht machen und irgendwann nachrüsten müssen, dann wird das einiges teurer werden. Für diejenigen, die das Ziel des klimaneutralen Verkehrs bis 2035 zu ambitioniert fanden, stehen in der Stellungnahme des Regierungsrates einige interessante

Zeilen. Es wird eine Szenarienstudie von Ernst Basler und Partner zitiert, in der steht, dass bei Laissez-faire und Nichtstun 2035 rund 65 Prozent der Autos elektroangetrieben sein werden und wenn der Staat das unterstützt, werden 2035 90 Prozent aller Verkehrsträger elektrisch fahren. Ich bitte Sie, die Motion erheblich zu erklären.

Thomas Grüter: Wir sprechen wieder einmal von der Elektromobilität, und diese wird in Zukunft unweigerlich einen enormen Anstieg erleben. Es ist schwierig, wenn jetzt schon von der Abschaffung der Elektromobilität in zehn Jahren gesprochen wird. Die Verkaufszahlen der Fahrzeuge mit Innovationen der Hersteller zeigen einen deutlichen Weg auf. Einige produzieren sogar nur noch elektrobetriebene Fahrzeuge. Mit seiner Motion folgt Thomas Meier dem Trend, der nicht Halt machen wird. Dazu braucht es ebenfalls viele neue Infrastrukturen, die bereits jetzt geplant und umgesetzt werden müssen. Mit der Anpassung des Planungs- und Baugesetzes, dass künftig bei Neu- und Umbauten von Stockwerkeigentum, bei Mieteigentum und Mietverhältnissen die komplette Starkstrominstallation eingebaut werden soll, wird die bereits notwendige Grundlage dafür gelegt. Es kann nicht sein, dass man die Anlagen nach einigen Jahren viel teurer nachrüsten muss. Die Mitte-Fraktion folgt dem Antrag der Regierung auf Erheblicherklärung der Motion und lehnt den Ablehnungsantrag ab.

Hasan Candan: Die Motion ist gut, auch wenn sie nicht von der SP ist, und deshalb werden wir sie unterstützen. Sie ist auch deshalb gut, weil sie von der FDP kommt. Im Eintretensvotum zur Botschaft B 87 wurde gesagt, dass man über Selbstverantwortung gehen müsse. Die SVP hat auch davon gesprochen. Aber hier hat man den Beweis dafür, dass die SVP die Eigenverantwortung zu eng sieht. Es gibt sehr viele Mieterinnen und Mieter, die nicht alle Stellschrauben und ihre Handlungsmöglichkeiten einbringen können, um grundsätzlich etwas zu verändern. Wir haben nachher noch eine ganz wichtige Bemerkung, in der es um die fossilen Heizträger geht. Ganz viele Mieterinnen und Mieter können auch nicht entscheiden, was für eine Heizung da ist. Deshalb geht es eben nicht nur mit Eigenverantwortung, wir müssen die Grundlagen setzen. Es ist auch deshalb eine gute Motion, weil es hier langsam ums Eingemachte geht. Es ist eine Gesetzesänderung. So gut auch die Eintretensvoten geklungen haben, erst wenn wir das auf das Gesetz herunterbrechen, können wir Veränderungen anstossen. Deshalb ist es wichtig, dass wir heute schon Massnahmen beschliessen, die greifen und über die Selbstverantwortung hinausgehen. Es gibt einen einzigen Grund, warum man diesen Vorstoss ablehnen könnte, aber es ist nicht die Begründung der SVP. Jede Mobilität schafft wieder Probleme und Umweltemissionen. Es stellt sich die Frage, ob wir den MIV fördern sollten. Sollten wir nicht die Leute dazu motivieren, vermehrt den öV oder das Velo zu nehmen oder zu Fuss zu gehen? Wir treffen hier aber eine wichtige Abwägung. Wir müssen es zuerst einmal schaffen, unsere Ziele für erneuerbare Antriebe zu erreichen. Dann müssen wir darüber sprechen, dass es auch effizientere und ökologischere Fortbewegungsmittel gibt, die auch flächeneffizienter sind. Wenn alle mit Elektrizität fahren, haben Sie immer noch das gleiche Platzproblem. Wir werden immer mehr Menschen, und auch wenn wir gegen innen verdichten, wird sich das Problem vergrössern. Die SP-Fraktion wird diese Motion unterstützen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich werde jetzt nicht zur gesamten Mobilitätspolitik sprechen, sondern nur zur vorliegenden Motion. In unserem Planungsbericht haben wir im Bereich Verkehr das klare Ziel formuliert, die Treibhausgasemissionen beim Verkehr auf null zu reduzieren. Wenn das schneller geht, ist das umso besser. Der motorisierte Individualverkehr soll also in Zukunft ohne fossile Brennstoffe auskommen. Der Aufbau von leistungsfähigen Ladeinfrastrukturen scheint uns dabei zentral. Ich habe bereits die Fördermassnahme erwähnt, die ab diesem Jahr gilt. Der Planungsbericht sieht dafür neben der Förderung eben auch die Elektrifizierung der Parkplätze bei Neu- und Umbauten von Gebäuden vor. Diese Massnahme wird schon bald Wirkung zeigen. Die Massnahme im Planungsbericht und das Anliegen der Motion decken sich weitgehend. In diesem Sinn beantragen wir Ihnen, die Motion erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt die Motion mit 90 zu 21 Stimmen erheblich.